

N i e d e r s c h r i f t

JHA/021/2008

**über die öffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 15.01.2008**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Norbert Dörnhoff CDU

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann SPD
Herr Raphael Bögge CDU
Frau Christel Brachmann CDU
Herr Josef Feismann
Herr Frank Hemelt SPD
Herr Hermann-Josef Kohnen CDU
Frau Monika Lulay CDU
Herr Axel Rogowski

beratende Mitglieder:

Frau Ines Plien

Vertreter:

Frau Sylvia Egelkamp		für AM Rick
Frau Ute Ehrenberg		für BM Dr. Kordfelder
Herr Michael Sievers	SPD	für RM Wunder
Herr Matthias Werth		für AM I. Klammann

beratende Mitglieder:

Frau Marlies Holtel FDP
Herr Harald Klammann

beratende Sachkundige Einwohner:

Firma Lydia Maul

beratende Mitglieder:

Herr Bernhard Mersch
Herr Ludger Schöpfer
Herr Gerhard Veltmann
Herr Bernhard Wilbers

Verwaltung:

Stellv. Schriftführer Hubert Lammerding
PV Ewald Piepel

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils gibt Herr Dörnhoff den Vertretern der Elterninitiative „Hofzwerge“ die Gelegenheit das Projekt der Initiative dem Jugendhilfeausschuss kurz vorzustellen. Entsprechendes Informationsmaterial in gedruckter Form wird an die Ausschussmitglieder verteilt.

Es wird von Herrn Mink und Frau Lüke vorgetragen.
Im Bereich Dutum/Wadelheim hat sich eine Elterninitiative gegründet mit dem Ziel, auf dem Bauernhof Lakemeyer einen Kindergarten zu errichten. Die Eltern wollen eine naturnahe Erziehung der Kinder von 1 bis 6 Jahren. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben 20 Eltern ihre Kinder dazu angemeldet.
Die Elterninitiative bittet um Unterstützung ihres Vorhabens.

Herr Dörnhoff eröffnet die heutige Sitzung des der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 22.11.07**

I/A/0337 Änderung- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen

2. Informationen

I/A/0351 Frau Ehrenberg informiert wie folgt:

Hofzwerge Dutum

Auf die Berichterstattungen in der örtlichen Presse wird verwiesen. Freitags vor Weihnachten stellten 4 Vertreter der Initiative ihr Vorhaben vor. Danach ist beabsichtigt, die Arbeit zum 01. 08. 2008 aufzunehmen. Einvernehmlich wurde festgelegt, dass die vorlegte Konzeption unter Berücksichtigung des Kinderbildungsgesetzes zu überarbeiten ist. Parallel dazu wollte die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt die Fördermöglichkeiten überprüfen. Anfang Jan. 2008 stellte die Initiative den formellen Antrag auf Erteilung der Betriebserlaubnis für eine eingruppige Einrichtung.

Für die Erteilung der Betriebserlaubnis ist das Landesjugendamt nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zuständig. Die geplante Einrichtung soll in einem Gebäude realisiert werden, welches ursprünglich nicht für die Kinderbetreuung geplant und hergerichtet wurde. Vor diesem Hintergrund fordert das Landesjugendamt, das zunächst die geplante Nutzungsänderung vom örtlichen Bauamt genehmigt wird. Dieses wurde der Initiative unverzüglich mitgeteilt.

Es wird noch darauf hingewiesen, dass die Erteilung der beantragten Betriebserlaubnis nicht automatisch eine öffentliche Förderung der geplanten Einrichtung zur Folge hat.

**3. Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
Vorlage: 015/08**

I/A/0554 Frau Ehrenberg führt in das Thema ein. Sie betont das Ziel, eine kreisweite, möglichst einheitliche Lösung zu finden. Dies sei mit dieser Vorlage gelungen. 23 von insgesamt 24 Kommunen im Kreis Steinfurt seien sich hier einig. Einige Punkte seien zurzeit mangels valider Daten noch offen, sollen jedoch im Verlaufe des kommenden Kindergartenjahres bearbeitet werden. Dazu zählt unter anderem die Bestimmung der unteren Einkommensgrenze. In der vorliegenden Vorlage wird als untere Einkommensgrenze 15.000,00€ vorgeschlagen. Das ist eine Anhebung um rund 2.500,00€ gegenüber der bisherigen Einkommensgrenze. Wenn auf Grund der konkreten Belegungen im kommenden Kindergartenjahr feststeht, wie sich die Einkommensgrenzen konkret finanziell auswirken werden, könne man erneut über eine Anhebung

der unteren Einkommensgrenze auf 17.500,00€ sprechen. Weitere Themen die aus den Erfahrungen im nächsten Jahr weiterentwickelt werden sollen sind z.B. die Geschwisterermäßigung und die Einbeziehung der offenen Ganztagsgrundschule in eine gemeinsame Satzung.

Herr Kohnen signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu der Verwaltungsvorlage.

Herr Hemelt erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese der Vorlage so nicht zustimmen könne.

1. sollte die Kindertagespflege mit in die Satzung aufgenommen werden.
2. sollte es keine unterschiedlichen Gebühren für Zweijährige auf Grund unterschiedlicher Gruppenformen geben. Er verweist auf die Handhabung der Ruhrgebietsstädte (Bochum, Gelesenkirchen, Kreis Recklinghausen) und der Kreise Coesfeld und Warendorf. In deren Gebührensatzungen wird eine Differenzierung in der Beitragsstaffelung lediglich für Kinder über und unter zwei Jahren vorgenommen, nicht jedoch nach Gruppentypen.
3. das Jahreseinkommen ab dem Gebühren erhoben werden sollte von 15.000,00€ auf 17.500,00€ angehoben werden.
4. auf die automatische Anhebung der Gebühren zum 01.08.2009 sollte verzichtet werden.

Die unterschiedlichen Argumente werden diskutiert.

Sodann stellt Herr Hemelt folgenden Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss möge dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Rheine, die dieser Vorlage als Anlage1 beigefügte 3. Änderungssatzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege mit folgenden Änderungen zu beschließen:

1. keine automatische Anhebung der Gebühren um 1,5% zum 01.08.2009.
2. Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von 15.000,00€ auf 17.500,00€ Jahreseinkommen
3. Staffelung der Beitragstabelle nach den Merkmalen über Zweijährige, Unterzweijährige und nicht nach Gruppentypen.
4. Diese Satzung gilt einheitlich für die Kindertagespflege und für die Kindertageseinrichtungen.

Über diesen Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Ja	3 Stimmen
Nein	9 Stimmen
Enthaltungen	2 Stimmen

Sodann wird über die Verwaltungsvorlage abgestimmt:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Rheine, die dieser Vorlage als **Anlage 1** beigefügte **3. Änderungssatzung** zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege zu

beschließen.

Ja	9 Stimmen
Nein	3 Stimmen

4. Fortbestand der 4. Gruppe im St. Raphael-Kindergarten Vorlage: 044/08

I/A/3377 Herr Schöpfer führt in das Thema ein, dass auf Grund eines SPD-Antrages auf die Tagesordnung genommen wurde. Herr Hemelt erläutert diesen Antrag. Ohne weitere Aussprache wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die bestehende Vereinbarung zum Betrieb der 4. Gruppe am St. Raphael-Kindergarten durch eine Zusatzvereinbarung zu ergänzen. Der Text der Zusatzvereinbarung ist der beigefügten Begründung zu entnehmen.

5. Anfragen und Anregungen

I/B/0000 Herr Hemelt überreicht der Verwaltung drei Anträge. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Er regt an, wegen der Kindertagesstättenplanung eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses einzuberufen, da abschließende Erkenntnisse bis zur nächsten regulären Sitzung am 7. Februar wohl noch nicht vorliegen dürften.

Weiter bittet er die Verwaltung zu recherchieren, wie der Ausbau der Familienzentren durch das Land NRW geplant sei.

Ende der Sitzung:

17:00 Uhr

Dörnhoff
Ausschussvorsitzender

Lammerding
stellv. Schriftführer